

Output 205
Seite 19aahp
Aarau
Aargau

«Sie klingen wie ein Gewerkschafter, Herr Ritter»

Renten, Biodiversitätsinitiative, Käsemarkt: Bauernpräsident Markus Ritter und Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte-Frauen, über Herausforderungen in der Landwirtschaft.

David Walgis (Text) und Alexander Wagner (Bilder)

Markus Ritter trägt eine hellblaue Edelweisskrawatte. Seine zwei Seiten vereint in einem Stück Stoff: Hier der ehemalige Biobauer aus dem Rheintal, da der Politstrategie in Bern. Wer mit dem Bauernpräsidenten und Mitte-Nationalrat (St. Gallen) übers Gelände der Aargauer Landwirtschaftsausstellung ALA in Lenzburg schreitet, kommt nicht weit. «Salü Markus, gelungene Messe, gell?», sagt einer. «Schön, sehe ich Sie mal in echt», ein anderer. Lächeln. Händeschütteln. Lächeln. Händeschütteln. Alle paar Meter.

Zwei Stunden früher. Christina Bachmann-Roth und Markus Ritter sitzen in zwei Ledersesseln im Bistro Barracuda in Lenzburg. Die Präsidentin der Mitte-Frauen Schweiz hat ihren Parteikollegen an die ALA eingeladen. Doch bevor die beiden die Ausstellung besuchen, wollen sie über drängende Probleme in der Landwirtschaft diskutieren.

Frau Bachmann-Roth, Sie wollen Markus Ritter herausfordern. Worüber wollen Sie mit ihm streiten?

Bachmann-Roth: Streiten will ich nicht. Wir haben beide eine ähnliche Grundhaltung, unterscheiden uns aber doch in einigen Punkten. Ein Thema ist sicher die Rentenreform. Markus Ritter: Eine schwierige Vorlage. Die Kosten für Leute mit kleinem Einkommen wie auch für Teilzeitbeschäftigte würden durch die Vorlage sehr stark steigen. Und auch für Branchen, die solche Personen beschäftigen. Und zwar massiv: Für die Schweizer Landwirtschaft würden die BVG-Kosten um rund 60 Prozent ansteigen. Bachmann-Roth: Ich finde eben genau: Es ist eine gute Vorlage. Ein hart erkämpfter Kompromiss. 30 Prozent aller Frauen in der Landwirtschaft haben keinen Lohn und somit keine Sozialleistungen. Die Frau in der Landwirtschaft ist eine Säule, die einen ganzen Betrieb mitträgt. Für sie braucht es einen Lohn, der auch versichert sein sollte. Deshalb schmerzt es mich, wenn man sagt, die Kosten seien zu hoch.

Landfrauen für die Rentenreform, Bauernverband dagegen

Markus Ritter und Christina Bachmann-Roth schlendern mit Alois Huber übers Gelände. Der OK-Präsident der ALA und SVP-Nationalrat aus Wildegg führt die beiden durch die Ausstellung. Wenn Huber über jemanden spricht, dann nennt er erst den Nachnamen, dann den Vornamen. Ein wenig wie ein Speaker an einem Schwingfest. Markus Ritter würde bei ihm zum «Ritter, Markus».

Huber erläutert, wie sehr die ALA von der kantonalen Landwirtschaft mitgetragen werde. Über 1500 Helfende sind an der Messe im Einsatz. Hinter den Ständen informieren Bauern über ihre Produkte, Landfrauen schreiten mit grossen Schritten

durchs Festzelt. Sie stellen mit Abstand am meisten Helferinnen in Lenzburg.

Ein Blick in die Statistik zeigt: Viele von ihnen sind vermutlich nicht nur unzureichend sozial abgesichert. Rund 31000 Personen arbeiten schweizweit als Ehegattin oder -gatte auf dem Hof des Partners. 90 Prozent davon sind gemäss Bundesamt für Statistik Frauen. 37 Prozent von ihnen zahlen nicht in die zweite Säule ein.

Der Bauernverband ist gegen die Vorlage zur BVG-Reform, die Landfrauen sind dafür. Muss denn keine Lösung für die Frauen gefunden werden, Herr Ritter?

Markus Ritter: Doch. Wir sind der Meinung, es braucht eine Anpassung. Die Belastung für Niedriglöhner während jener Zeit im Erwerbsleben, in der man das Geld braucht, darf nicht zu hoch sein. Ein Beispiel: Eine Frau, 45, alleinerziehend, zwei Kinder, 40000 Franken im Teilzeitpensum, müsste mit der derzeitigen Vorlage rund 1200 Franken pro Jahr mehr einzahlen. Dieses Geld fehlt ihr jetzt. Bachmann-Roth: Aber das Geld gehört ihr. Sie spart es für ihre Rente. Ich bin mit Markus Ritter einig: Die finanzielle Belastung von Familien ist hoch. Deshalb muss man in dieser Lebensphase auch Unterstützung bieten. Die Kinderzulagen müssen erhöht werden, egal bei welchem Familienmodell. Auch bei den traditionellen, wie sie in der Landwirtschaft verbreitet sind. So kann das Problem angegangen werden. Dass Familien und Leute mit tiefen Löhnen unter Druck sind, da sind wir uns einig. Trotzdem braucht es die Pensionskassenreform. Markus Ritter: Es ist einfach bitter, dass von einer Familie mit ohnehin schon wenig Geld verlangt wird, mehr einzuzahlen, um später nicht einmal wirklich mehr Rente zu erhalten.

Die Landfrauen kritisierten, die angenommene Lösung für Frauen sei nicht so optimal wie gewünscht. Trotzdem unterstützt der Verband die Vorlage. Kann man die Position so zusammenfassen: besser als nichts?

Bachmann-Roth: Ja, im Grunde schon. Natürlich gingen die Forderungen ursprünglich weiter. Nun sagt man aber: Die Reform bringt etwas, weil sie die Einkommen gleichstellt. Dies ist eine Errungenschaft. Markus Ritter: Was mich einfach stört: Niedriglöhner zahlen einen viel höheren Anteil als jene mit höherem Einkommen. Die Branchen mit hohen Löhnen haben erfolgreich geschaut, dass ihre Leute kaum zusätzliche Kosten zu tragen haben.

Sie klingen ein wenig wie ein Gewerkschafter.

Bachmann-Roth: Oh, Markus, jetzt machen sie dich zum Linken. (lacht) Markus Ritter: Weil dies die Wahrheit ist. Niedriglöhner werden zusätzlich zur Kasse gebeten, haben das Geld nicht und erhalten trotzdem nicht mehr Rente. Bachmann-Roth: Aber jenen ermöglicht man ja so überhaupt erst eine Rente. Dies ist doch ein Vorteil. Markus Ritter: Doch den Menschen ist nicht geholfen. Und das tut mir weh als Bauernpräsident. Wir als Bauernverband vertreten viele Menschen mit geringen Löhnen. Bachmann-Roth: Aber was sagst du dazu, dass viele Frauen auf Bauernbetrieben keinen Lohn haben und somit auch keine

zweite Säule? Markus Ritter: Wenn man verheiratet ist, ist dies kein Problem. Es spielt keine Rolle, ob der Mann oder die Frau einzahlt. Die AHV wird gemeinsam angespart. Bei der zweiten und dritten Säule dasselbe. Wenn jemand eines Ehepaars wenig einzahlt, spielt dies im Alter und bei einer Scheidung keine Rolle. Bei einer Scheidung werden die Einzahlungen in die drei Säulen je hälftig geteilt. Bachmann-Roth: Doch in einem Scheidungsfall gibt es Probleme für Frauen: Wenn sie keinen Lohn bezogen hat, ist der Wiedereinstieg ins Berufsleben oft schwierig. Der Schutz der Frau nimmt im Scheidungsfall ab.

Macht die Landwirtschaft genug für die Biodiversität?

Trotz direkter Auswirkungen auf das Leben Tausender Bäuerinnen: Die technische BVG-Reform ist an der ALA weit weg. Andere politische Themen sind greifbarer: die Artenvielfalt. «Bauernfamilien fördern die Biodiversität», steht auf einem Schild neben einer Wiese mit bunten Blumen. Steinhügel und Asthaufen bieten Insekten und kleinen Tieren Unterschlupf. Eine Buntbrache.

Die Biodiversitätsinitiative fordert mehr solcher Flächen. Dem Bundesrat gingen die Forderungen aber zu weit. Ein indirekter Gegenvorschlag wurde ausgearbeitet. Der Nationalrat stimmte im Herbst 2022 zu, der Ständerat lehnte diesen Sommer ab. Auch Bauernpräsident Markus Ritter spricht sich dagegen aus. Mitte-Frauen-Präsidentin Christina Bachmann-Roth ist hingegen dafür.

Warum lehnt der Bauernverband den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ab?

Markus Ritter: Was der Nationalrat beschlossen hat, geht schlicht zu weit. 17 Prozent der Landesfläche sollen als Kerngebiete geschützt werden, heute sind es bereits 13,6 Prozent. Die Differenz klingt nach wenig, doch sie entspricht der Fläche des Kantons Luzern. Dazu sieht der Bundesrat weitere 13 Prozent als sogenannte Vernetzungsfläche vor. Insgesamt also 30 Prozent. Dies ist viel zu viel: 1,2 Millionen Hektaren Land.

Wir haben eine Biodiversitätskrise. Muss man nicht reagieren?

Markus Ritter: Wir haben in der Schweiz mit den Bergen, dem Wald, den Sömmerungsweiden in den Alpen bereits viel Fläche, die weitgehend unberührt ist. Nur 25 Prozent der Gesamtfläche sind Kulturland. Und davon sind bereits 19 Prozent Biodiversitätsförderflächen – die Landwirtschaft müsste sieben haben. Wir bieten also bereits sehr viel. Es braucht deshalb keine zusätzlichen Massnahmen in der Landwirtschaft. Im städtischen Raum sehe ich aber durchaus noch viel Potenzial.

Also ist alles in Ordnung, Frau Bachmann-Roth, wenn Sie dies hören?

Bachmann-Roth: Ich bin bei Markus Ritter, was die Fläche angeht. Hier braucht die Landwirtschaft keine weiteren Vorgaben. Dies wäre nur schon aus Sicht der Selbstversorgung sinnbefreit. Mein Anliegen ist, dass der Ständerat auf den indirekten Gegenvorschlag eintritt. Die Biodiversitätsziele in der Landwirtschaft sind noch nicht erreicht: Wir müssen uns fragen, wie wir die Qualität der heutigen Biodiversitätsflächen verbessern können. Und wie die Vernetzung gesteigert werden kann. Das Anliegen ist berechtigt, doch man darf nicht auf der Landwirtschaft herumhacken, die bereits viel macht.

Der Verlust der Biodiversität bedroht langfristig auch die Landwirtschaft. Wie geht man damit um?

Markus Ritter: Der Verfassungsauftrag für die Landwirtschaft ist eine nachhaltige Entwicklung: ökologisch, sozial und in Bezug auf die Lebensmittelproduktion. Die Vorgaben der Biodiversität haben wir deutlich übertroffen. Gerade der

Kanton Aargau ist vorbildlich: Dort gibt es über 20 Prozent Biodiversitätsförderflächen. Auf der anderen Seite gilt es, der Lebensmittelproduktion Sorge zu tragen. Wir haben derzeit noch 50 Prozent Selbstversorgung. Der Rest der Lebensmittel wird importiert. Es braucht eine Balance zwischen den drei Zielen der Nachhaltigkeit – und ich finde, diese haben wir gut gefunden. Bachmann Roth: Es gibt durchaus Bereiche, in denen wir herausgefordert sind. Der Anbau von Raps oder Zuckerrüben verlangt zum Beispiel einen höheren Pestizideinsatz. Das kann die Biodiversität gefährden. Hier muss man auch an den Konsum appellieren. Aus diesem Grund ist eine ALA wichtig, bei der man zeigen kann, was die Landwirtschaft macht.

Mehr Käse wird importiert als exportiert

OK-Präsident Alois Huber führt durch die Markthalle. Aargauer Käsereien sind an der ALA keine vertreten. Dafür mit der Luzerner Firma Emmi einer der grössten nationalen Player im Käsemarkt. Bachmann-Roth, selber Käserin, bedauert, dass auf dem Gelände keine Schaukäserei aufgebaut worden ist. Sie schnappt sich zwei Häppchen Luzerner Rahmkäse, einmal mild, einmal rezent und eilt Alois Huber nach. Der OK-Präsident blickt immer wieder auf die Uhr. Schliesslich muss er den Ritter, Markus bald zum Bahnhof fahren.

Vor wenigen Wochen versetzte die Handelsbilanz die Käsebranche in Aufregung: Das Käseland Schweiz führt mehr Käse ein als aus. Geht es so weiter, ist Ende Jahr der Import erstmals grösser als der Export.

Die Entwicklung im Käsemarkt muss Sie als Käserin schmerzen, Frau Bachmann-Roth.

Bachmann-Roth: Ja, sehr. Die Liberalisierung des Käsemarkts 2007 hat uns viel gebracht: Es gibt heute viel mehr Käsespezialitäten als damals. Dies ist positiv. Die Herausforderung ist aber: Seit 2007 ist der Franken viel stärker geworden. Die Voraussetzungen sind seither ganz anders. Die Käsezulagen, die wegen des Imports gesprochen werden, helfen uns Käsereien. Sie müssten aber der Realität angepasst und erhöht werden.

Sie waren Milchproduzent, Herr Ritter. Auch Sie muss die Entwicklung schmerzen.

Markus Ritter: Sie zeigt schlicht die Herausforderungen. Der starke Franken erschwert den Export und fördert den Import. Hinzu kommt die starke Inflation im Ausland. Man spart bei einem teuren Produkt wie Schweizer Käse. Wir müssen deshalb versuchen, den Heimmarkt zu stärken. Der direkte Kontakt mit den Leuten an einer Publikumsmesse wie der ALA hilft. Der Bauernverband investiert deshalb auch viel Geld in solche Ausstellungen. Es gilt, gute Geschichten zu Produkten zu erzählen: Die Leute müssen den Käse kennen, noch besser den Bauern oder die Bäuerin und im allerbesten Fall gleich die Kuh. Bachmann-Roth: Die Entwicklung zeigt klar: Bauern und wir Käser müssen uns dem Markt anpassen. Hier sehe ich noch Potenzial. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Politik die Hebel richtig setzt: Dies heisst, dass die Bauern auch das produzieren können, was die Konsumenten fordern. Markus Ritter: Mir ist wichtig zu betonen, dass wir Produzenten uns am Markt ausrichten: vegane, vegetarische Ernährung – alles okay. Doch es sind absolute Nischenmärkte. Man kann keinen Bauernhof für die Nachfrage nach veganen Produkten umstellen, dafür ist die Nachfrage schlicht zu klein. Bio ist ein Trend, ja, aber auch hier liegt der Marktanteil gerade mal bei rund 11 Prozent.

Liegt dies nicht auch daran, dass die Margen bei Bioprodukten zu hoch sind?

Bachmann-Roth: Natürlich kann sich fragen, warum die Margen im Detailhandel so hoch sind. Hier ist die Konkurrenz wichtig: Aldi und Lidl etwa, die als billigere Kanäle Migros und Coop

herausfordern. Ich möchte nicht sagen, die Marge sei zu hoch. Der Wettbewerb muss spielen und die Konsumenten müssen eine Auswahl haben.

Im Tierzelt wird Markus Ritter nochmals kurz aufgehalten. Ein Vertreter vom Verband der Schweinezüchter drückt dem prominenten Gast ein Ferkel in die Arme. Ein Hauch von Bundesrats-Besuch an der Olma. Dann muss der Mann mit der Edelweisskrawatte weiter. Alois Huber fährt Ritter an den Bahnhof. Um 13.30 Uhr muss der Mitte-Nationalrat in Bern sein. Fraktionssitzung.

Markus Ritter trägt eine hellblaue Edelweisskrawatte. Seine zwei Seiten vereint in einem Stück Stoff: Hier der ehemalige Biobauer aus dem Rheintal, da der Politstrategie in Bern. Wer mit dem Bauernpräsidenten und Mitte-Nationalrat (St. Gallen) übers Gelände der Aargauer Landwirtschaftsausstellung ALA in Lenzburg schreitet, kommt nicht weit. «Salü Markus, gelungene Messe, gell?», sagt einer. «Schön, sehe ich Sie mal in echt», ein anderer. Lächeln. Händeschütteln. Lächeln. Händeschütteln. Alle paar Meter.

Zwei Stunden früher. Christina Bachmann-Roth und Markus Ritter sitzen in zwei Ledersesseln im Bistro Barracuda in Lenzburg. Die Präsidentin der Mitte-Frauen Schweiz hat ihren Parteikollegen an die ALA eingeladen. Doch bevor die beiden die Ausstellung besuchen, wollen sie über drängende Probleme in der Landwirtschaft diskutieren.

Frau Bachmann-Roth, Sie wollen Markus Ritter herausfordern. Worüber wollen Sie mit ihm streiten?

Bachmann-Roth: Streiten will ich nicht. Wir haben beide eine ähnliche Grundhaltung, unterscheiden uns aber doch in einigen Punkten. Ein Thema ist sicher die Rentenreform. Markus Ritter: Eine schwierige Vorlage. Die Kosten für Leute mit kleinem Einkommen wie auch für Teilzeitbeschäftigte würden durch die Vorlage sehr stark steigen. Und auch für Branchen, die solche Personen beschäftigen. Und zwar massiv: Für die Schweizer Landwirtschaft würden die BVG-Kosten um rund 60 Prozent ansteigen. Bachmann-Roth: Ich finde eben genau: Es ist eine gute Vorlage. Ein hart erkämpfter Kompromiss. 30 Prozent aller Frauen in der Landwirtschaft haben keinen Lohn und somit keine Sozialleistungen. Die Frau in der Landwirtschaft ist eine Säule, die einen ganzen Betrieb mitträgt. Für sie braucht es einen Lohn, der auch versichert sein sollte. Deshalb schmerzt es mich, wenn man sagt, die Kosten seien zu hoch.

Landfrauen für die Rentenreform, Bauernverband dagegen

Markus Ritter und Christina Bachmann-Roth schlendern mit Alois Huber übers Gelände. Der OK-Präsident der ALA und SVP-Nationalrat aus Wildeggen führt die beiden durch die Ausstellung. Wenn Huber über jemanden spricht, dann nennt er erst den Nachnamen, dann den Vornamen. Ein wenig wie ein Speaker an einem Schwingfest. Markus Ritter würde bei ihm zum «Ritter, Markus».

Huber erläutert, wie sehr die ALA von der kantonalen Landwirtschaft mitgetragen werde. Über 1500 Helfende sind an der Messe im Einsatz. Hinter den Ständen informieren Bauern über ihre Produkte, Landfrauen schreiten mit grossen Schritten durchs Fesztzelt. Sie stellen mit Abstand am meisten Helferinnen in Lenzburg.

Ein Blick in die Statistik zeigt: Viele von ihnen sind vermutlich nicht nur unzureichend sozial abgesichert. Rund 31000 Personen arbeiten schweizweit als Ehegattin oder -gatte auf dem Hof des Partners. 90 Prozent davon sind gemäss Bundesamt für Statistik Frauen. 37 Prozent von ihnen zahlen nicht in die zweite Säule ein.

Der Bauernverband ist gegen die Vorlage zur BVG-Reform, die Landfrauen sind dafür. Muss denn keine Lösung für die Frauen gefunden werden, Herr Ritter?

Markus Ritter: Doch. Wir sind der Meinung, es braucht eine Anpassung. Die Belastung für Niedriglöhner während jener Zeit im Erwerbsleben, in der man das Geld braucht, darf nicht zu hoch sein. Ein Beispiel: Eine Frau, 45, alleinerziehend, zwei Kinder, 40000 Franken im Teilzeitpensum, müsste mit der derzeitigen Vorlage rund 1200 Franken pro Jahr mehr einzahlen. Dieses Geld fehlt ihr jetzt. Bachmann-Roth: Aber das Geld gehört ihr. Sie spart es für ihre Rente. Ich bin mit Markus Ritter einig: Die finanzielle Belastung von Familien ist hoch. Deshalb muss man in dieser Lebensphase auch Unterstützung bieten. Die Kinderzulagen müssen erhöht werden, egal bei welchem Familienmodell. Auch bei den traditionellen, wie sie in der Landwirtschaft verbreitet sind. So kann das Problem angegangen werden. Dass Familien und Leute mit tiefen Löhnen unter Druck sind, da sind wir uns einig. Trotzdem braucht es die Pensionskassenreform. Markus Ritter: Es ist einfach bitter, dass von einer Familie mit ohnehin schon wenig Geld verlangt wird, mehr einzuzahlen, um später nicht einmal wirklich mehr Rente zu erhalten.

Die Landfrauen kritisierten, die angenommene Lösung für Frauen sei nicht so optimal wie gewünscht. Trotzdem unterstützt der Verband die Vorlage. Kann man die Position so zusammenfassen: besser als nichts?

Bachmann-Roth: Ja, im Grunde schon. Natürlich gingen die Forderungen ursprünglich weiter. Nun sagt man aber: Die Reform bringt etwas, weil sie die Einkommen gleichstellt. Dies ist eine Errungenschaft. Markus Ritter: Was mich einfach stört: Niedriglöhner zahlen einen viel höheren Anteil als jene mit höherem Einkommen. Die Branchen mit hohen Löhnen haben erfolgreich geschaut, dass ihre Leute kaum zusätzliche Kosten zu tragen haben.

Sie klingen ein wenig wie ein Gewerkschafter.

Bachmann-Roth: Oh, Markus, jetzt machen sie dich zum Linken. (lacht) Markus Ritter: Weil dies die Wahrheit ist. Niedriglöhner werden zusätzlich zur Kasse gebeten, haben das Geld nicht und erhalten trotzdem nicht mehr Rente. Bachmann-Roth: Aber jenen ermöglicht man ja so überhaupt erst eine Rente. Dies ist doch ein Vorteil. Markus Ritter: Doch den Menschen ist nicht geholfen. Und das tut mir weh als Bauernpräsident. Wir als Bauernverband vertreten viele Menschen mit geringen Löhnen. Bachmann-Roth: Aber was sagst du dazu, dass viele Frauen auf Bauernbetrieben keinen Lohn haben und somit auch keine zweite Säule? Markus Ritter: Wenn man verheiratet ist, ist dies kein Problem. Es spielt keine Rolle, ob der Mann oder die Frau einzahlt. Die AHV wird gemeinsam angespart. Bei der zweiten und dritten Säule dasselbe. Wenn jemand eines Ehepaars wenig einzahlt, spielt dies im Alter und bei einer Scheidung keine Rolle. Bei einer Scheidung werden die Einzahlungen in die drei Säulen je hälftig geteilt. Bachmann-Roth: Doch in einem Scheidungsfall gibt es Probleme für Frauen: Wenn sie keinen Lohn bezogen hat, ist der Wiedereinstieg ins Berufsleben oft schwierig. Der Schutz der Frau nimmt im Scheidungsfall ab.

Macht die Landwirtschaft genug für die Biodiversität?

Trotz direkter Auswirkungen auf das Leben Tausender Bäuerinnen: Die technische BVG-Reform ist an der ALA weit weg. Andere politische Themen sind greifbarer: die Artenvielfalt. «Bauernfamilien fördern die Biodiversität», steht auf einem Schild neben einer Wiese mit bunten Blumen. Steinhügel und Asthaufen bieten Insekten und kleinen Tieren Unterschlupf. Eine Buntbrache.

Die Biodiversitätsinitiative fordert mehr solcher Flächen. Dem Bundesrat gingen die Forderungen aber zu weit. Ein indirekter Gegenvorschlag wurde ausgearbeitet. Der Nationalrat stimmte im Herbst 2022 zu, der Ständerat lehnte diesen Sommer ab. Auch Bauernpräsident Markus Ritter spricht sich dagegen aus. Mitte-Frauen-Präsidentin Christina Bachmann-Roth ist hingegen dafür.

Warum lehnt der Bauernverband den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ab?

Markus Ritter: Was der Nationalrat beschlossen hat, geht schlicht zu weit. 17 Prozent der Landesfläche sollen als Kerngebiete geschützt werden, heute sind es bereits 13,6 Prozent. Die Differenz klingt nach wenig, doch sie entspricht der Fläche des Kantons Luzern. Dazu sieht der Bundesrat weitere 13 Prozent als sogenannte Vernetzungsfläche vor. Insgesamt also 30 Prozent. Dies ist viel zu viel: 1,2 Millionen Hektaren Land.

Wir haben eine Biodiversitätskrise. Muss man nicht reagieren?

Markus Ritter: Wir haben in der Schweiz mit den Bergen, dem Wald, den Sömmerungsweiden in den Alpen bereits viel Fläche, die weitgehend unberührt ist. Nur 25 Prozent der Gesamtfläche sind Kulturland. Und davon sind bereits 19 Prozent Biodiversitätsförderflächen – die Landwirtschaft müsste sieben haben. Wir bieten also bereits sehr viel. Es braucht deshalb keine zusätzlichen Massnahmen in der Landwirtschaft. Im städtischen Raum sehe ich aber durchaus noch viel Potenzial.

Also ist alles in Ordnung, Frau Bachmann-Roth, wenn Sie dies hören?

Bachmann-Roth: Ich bin bei Markus Ritter, was die Fläche anbelangt. Hier braucht die Landwirtschaft keine weiteren Vorgaben. Dies wäre nur schon aus Sicht der Selbstversorgung sinnbefreit. Mein Anliegen ist, dass der Ständerat auf den indirekten Gegenvorschlag eintritt. Die Biodiversitätsziele in der Landwirtschaft sind noch nicht erreicht: Wir müssen uns fragen, wie wir die Qualität der heutigen Biodiversitätsflächen verbessern können. Und wie die Vernetzung gesteigert werden kann. Das Anliegen ist berechtigt, doch man darf nicht auf der Landwirtschaft herumhacken, die bereits viel macht.

Der Verlust der Biodiversität bedroht langfristig auch die Landwirtschaft. Wie geht man damit um?

Markus Ritter: Der Verfassungsauftrag für die Landwirtschaft ist eine nachhaltige Entwicklung: ökologisch, sozial und in Bezug auf die Lebensmittelproduktion. Die Vorgaben der Biodiversität haben wir deutlich übertroffen. Gerade der Kanton Aargau ist vorbildlich: Dort gibt es über 20 Prozent Biodiversitätsförderflächen. Auf der anderen Seite gilt es, der Lebensmittelproduktion Sorge zu tragen. Wir haben derzeit noch 50 Prozent Selbstversorgung. Der Rest der Lebensmittel wird importiert. Es braucht eine Balance zwischen den drei Zielen der Nachhaltigkeit – und ich finde, diese haben wir gut gefunden. Bachmann Roth: Es gibt durchaus Bereiche, in denen wir herausgefordert sind. Der Anbau von Raps oder Zuckerrüben verlangt zum Beispiel einen höheren Pestizideinsatz. Das kann die Biodiversität gefährden. Hier muss man auch an den Konsum appellieren. Aus diesem Grund ist eine ALA wichtig, bei der man zeigen kann, was die Landwirtschaft macht.

Mehr Käse wird importiert als exportiert

OK-Präsident Alois Huber führt durch die Markthalle. Aargauer Käsereien sind an der ALA keine vertreten. Dafür mit der Luzerner Firma Emmi einer der grössten nationalen Player im Käsemarkt. Bachmann-Roth, selber Käserin, bedauert, dass auf dem Gelände keine Schaukäserei aufgebaut worden ist. Sie schnappt sich zwei Häppchen Luzerner Rahmkäse, einmal mild, einmal rezent und eilt Alois Huber nach. Der OK-Präsident

blickt immer wieder auf die Uhr. Schliesslich muss er den Ritter, Markus bald zum Bahnhof fahren.

Vor wenigen Wochen versetzte die Handelsbilanz die Käsebranche in Aufregung: Das Käseland Schweiz führt mehr Käse ein als aus. Geht es so weiter, ist Ende Jahr der Import erstmals grösser als der Export.

Die Entwicklung im Käsemarkt muss Sie als Käserin schmerzen, Frau Bachmann-Roth.

Bachmann-Roth: Ja, sehr. Die Liberalisierung des Käsemarkts 2007 hat uns viel gebracht: Es gibt heute viel mehr Käsespezialitäten als damals. Dies ist positiv. Die Herausforderung ist aber: Seit 2007 ist der Franken viel stärker geworden. Die Voraussetzungen sind seither ganz anders. Die Käsezulagen, die wegen des Imports gesprochen werden, helfen uns Käsereien. Sie müssten aber der Realität angepasst und erhöht werden.

Sie waren Milchproduzent, Herr Ritter. Auch Sie muss die Entwicklung schmerzen.

Markus Ritter: Sie zeigt schlicht die Herausforderungen. Der starke Franken erschwert den Export und fördert den Import. Hinzu kommt die starke Inflation im Ausland. Man spart bei einem teuren Produkt wie Schweizer Käse. Wir müssen deshalb versuchen, den Heimmarkt zu stärken. Der direkte Kontakt mit den Leuten an einer Publikumsmesse wie der ALA hilft. Der Bauernverband investiert deshalb auch viel Geld in solche Ausstellungen. Es gilt, gute Geschichten zu Produkten zu erzählen: Die Leute müssen den Käse kennen, noch besser den Bauern oder die Bäuerin und im allerbesten Fall gleich die Kuh. Bachmann-Roth: Die Entwicklung zeigt klar: Bauern und wir Käser müssen uns dem Markt anpassen. Hier sehe ich noch Potenzial. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Politik die Hebel richtig setzt: Dies heisst, dass die Bauern auch das produzieren können, was die Konsumenten fordern. Markus Ritter: Mir ist wichtig zu betonen, dass wir Produzenten uns am Markt ausrichten: vegane, vegetarische Ernährung – alles okay. Doch es sind absolute Nischenmärkte. Man kann keinen Bauernhof für die Nachfrage nach veganen Produkten umstellen, dafür ist die Nachfrage schlicht zu klein. Bio ist ein Trend, ja, aber auch hier liegt der Marktanteil gerade mal bei rund 11 Prozent.

Liegt dies nicht auch daran, dass die Margen bei Bioprodukten zu hoch sind?

Bachmann-Roth: Natürlich kann sich fragen, warum die Margen im Detailhandel so hoch sind. Hier ist die Konkurrenz wichtig: Aldi und Lidl etwa, die als billigere Kanäle Migros und Coop herausfordern. Ich möchte nicht sagen, die Marge sei zu hoch. Der Wettbewerb muss spielen und die Konsumenten müssen eine Auswahl haben.

Im Tierzelt wird Markus Ritter nochmals kurz aufgehalten. Ein Vertreter vom Verband der Schweinezüchter drückt dem prominenten Gast ein Ferkel in die Arme. Ein Hauch von Bundesrats-Besuch an der Olma. Dann muss der Mann mit der Edelweisskrawatte weiter. Alois Huber fährt Ritter an den Bahnhof. Um 13.30 Uhr muss der Mitte-Nationalrat in Bern sein. Fraktionssitzung.

Bauernpräsident Markus Ritter und Präsidentin der Mitte-Frauen, Christina Bachmann-Roth, über Herausforderungen in der Landwirtschaft.

OK-Präsident und SVP-Nationalrat Alois Huber führt durch die Ausstellung.

Ein Hauch von Bundesratsbesuch an der Olma: Markus Ritter mit Ferkel.

«Kinderzulagen müssen steigen, auch beim Familienmodell in der Land-wirtschaft.»

Christina Bachmann-Roth

Präsidentin Mitte Frauen Schweiz

«Bio ist ein Trend, ja, aber auch hier liegt der Marktanteil gerade mal bei rund 11 Prozent.»

Markus Ritter

Präsident Bauernverband

50000 Besucherinnen und Besucher an fünf Tagen

Am Sonntagabend endete die Aargauer Landwirtschaftsausstellung. Die Organisatoren ziehen nach fünf Tagen eine positive Bilanz. «Ich bin stolz und überglücklich», lässt sich OK-Präsident Alois Huber in einer Medienmitteilung zitieren. Weit über 50000 Personen haben die Ausstellung auf der Schützenmatte in Lenzburg besucht, die alle zehn Jahre stattfindet.

Aargau

David Walgis (Text) und
Alexander Wagner (Bilder)

Markus Ritter trägt eine hellblaue Edelweisskrawatte. Seine zwei Seiten vereint in einem Stück Stoff: Hier der ehemalige Biobauer aus dem Rheintal, da der Politstrategie in Bern. Wer mit dem Bauernpräsidenten und Mitte-Nationalrat (St. Gallen) übers Gelände der Aargauer Landwirtschaftsausstellung ALA in Lenzburg schreitet, kommt nicht weit. «Salü Markus, gelungene Messe, gell?», sagt einer. «Schön, sehe ich Sie mal in echt», ein anderer. Lächeln. Händeschütteln. Lächeln. Händeschütteln. Alle paar Meter.

Zwei Stunden früher. Christina Bachmann-Roth und Markus Ritter sitzen in zwei Ledersesseln im Bistro Baracuda in Lenzburg. Die Präsidentin der Mitte-Frauen Schweiz hat ihren Parteikollegen an die ALA eingeladen. Doch bevor die beiden die Ausstellung besuchen, wollen sie über drängende Probleme in der Landwirtschaft diskutieren.

Christina Bachmann-Roth, Sie wollen Markus Ritter herausfordern. Worüber wollen Sie mit ihm streiten?

Christina Bachmann-Roth: Streiten will ich nicht. Wir haben beide eine ähnliche Grundhaltung, unterscheiden uns aber doch in einigen Punkten. Ein Thema ist sicher die Rentenreform.

Markus Ritter: Eine schwierige Vorlage. Die Kosten für Leute mit kleinem Einkommen wie auch für Teilzeitbeschäftigte würden durch die Vorlage sehr stark steigen. Und auch für Branchen, die solche Personen beschäftigen. Und zwar massiv: Für die Schweizer Landwirtschaft würden die BVG-Kosten um rund 60 Prozent ansteigen.

Bachmann-Roth: Ich finde eben genau: Es ist eine gute Vorlage. Ein hart erkämpfter Kompromiss. 30 Prozent aller Frauen in der Landwirtschaft haben keinen Lohn und somit keine Sozialleistungen. Die Frau in der Landwirtschaft ist eine Säule, die einen ganzen Betrieb mitträgt. Für sie braucht es einen Lohn, der auch versichert sein sollte. Deshalb schmerzt es mich, wenn man sagt, die Kosten seien zu hoch.

Landfrauen für die Rentenreform, Bauernverband dagegen

Markus Ritter und Christina Bachmann-Roth schlendern mit Alois Huber übers Gelände. Der OK-Präsident der ALA und SVP-Nationalrat aus Wildeggen führt die beiden durch die Ausstellung. Wenn Huber über jemanden spricht, dann nennt er erst den Nachnamen, dann den Vornamen. Ein wenig wie ein Speaker an einem Schwingfest. Markus Ritter würde bei ihm zum «Ritter, Markus».

Huber erläutert, wie sehr die ALA von der kantonalen Landwirtschaft mitgetragen werde. Über 1500 Helfende sind an der Messe im Einsatz. Hinter den Ständen informieren Bauern über ihre Produkte, Landfrauen schreiten mit grossen Schritten durchs Festzelt. Sie stellen mit Abstand am meisten Helferinnen in Lenzburg.

Ein Blick in die Statistik zeigt: Viele von ihnen sind vermutlich nicht nur unzureichend sozial abgesichert. Rund 31 000 Personen arbeiten schweizweit als Ehegattin oder Ehegatte auf dem Hof des Partners. 90 Prozent davon sind gemäss Bundesamt für Statistik Frauen. 37 Prozent von ihnen zahlen nicht in die zweite Säule ein.

Der Bauernverband ist gegen die Vorlage zur BVG-Reform, die Landfrauen sind dafür. Muss denn keine Lösung für die Frauen gefunden werden, Herr Ritter?

Ritter: Doch. Wir sind der Meinung, es braucht eine Anpassung. Die Belastung

«Sie klingen wie ein Gewerkschafter, Herr Ritter»

Renten, Biodiversitätsinitiative, Käsemarkt: Bauernpräsident Markus Ritter und Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte-Frauen, über Herausforderungen in der Landwirtschaft.

für Niedriglöhner während jener Zeit im Erwerbsleben, in der man das Geld braucht, darf nicht zu hoch sein. Ein Beispiel: Eine Frau, 45, alleinerziehend, zwei Kinder, 40 000 Franken im Teilzeitpensum, müsste mit der derzeitigen Vorlage rund 1200 Franken pro Jahr mehr einzahlen. Dieses Geld fehlt ihr jetzt.

Bachmann-Roth: Aber das Geld gehört ihr. Sie spart es für ihre Rente. Ich bin mit Markus Ritter einig: Die finanzielle Belastung von Familien ist hoch. Deshalb muss man in dieser Lebensphase auch Unterstützung bieten. Die Kinderzulagen müssen erhöht werden, egal bei welchem Familienmodell. Auch bei den traditionellen, wie sie in der Landwirtschaft verbreitet sind. So kann das Problem angegangen werden. Dass Familien und Leute mit tiefen Löhnen unter Druck sind, da sind wir uns einig. Trotzdem braucht es die Pensionskassenreform.

Ritter: Es ist einfach bitter, dass von einer Familie mit ohnehin schon wenig Geld verlangt wird, mehr einzuzahlen, um später nicht einmal wirklich mehr Rente zu erhalten.

Die Landfrauen kritisierten, die angenommene Lösung für Frauen sei nicht so optimal wie gewünscht. Trotzdem unterstützt der Verband die Vorlage. Kann man die Position so zusammenfassen: besser als nichts?

Bachmann-Roth: Ja, im Grunde schon. Natürlich gingen die Forderungen ursprünglich weiter. Nun sagt man aber: Die Reform bringt etwas, weil sie die Einkommen gleichstellt. Dies ist eine Errungenschaft.

Ritter: Was mich einfach stört: Niedriglöhner zahlen einen viel höheren Anteil als jene mit höherem Einkommen. Die Branchen mit hohen Löhnen haben erfolgreich geschaut, dass ihre Leute

Bauernpräsident
Markus Ritter und
Präsidentin der
Mitte-Frauen, Christina
Bachmann-Roth, über
Herausforderungen in
der Landwirtschaft.

kaum zusätzliche Kosten zu tragen haben.

Sie klingen ein wenig wie ein Gewerkschafter.

Bachmann-Roth: Oh, Markus, jetzt machen sie dich zum Linken. *(lacht)*

Ritter: Weil dies die Wahrheit ist. Niedriglöhner werden zusätzlich zur Kasse gebeten, haben das Geld nicht und erhalten trotzdem nicht mehr Rente.

Bachmann-Roth: Aber jenen ermöglicht man ja so überhaupt erst eine Rente. Dies ist doch ein Vorteil.

Ritter: Doch den Menschen ist nicht geholfen. Und das tut mir weh als Bauernpräsident. Wir als Bauernverband vertreten viele Menschen mit geringen Löhnen.

Bachmann-Roth: Aber was sagst du dazu, dass viele Frauen auf Bauernbetrieben keinen Lohn haben und somit auch keine zweite Säule?

Ritter: Wenn man verheiratet ist, ist dies kein Problem. Es spielt keine Rolle, ob der Mann oder die Frau einzahlt. Die AHV wird gemeinsam angespart. Bei der zweiten und dritten Säule dasselbe. Wenn jemand eines Ehepaars wenig einzahlt, spielt dies im Alter und bei einer Scheidung keine Rolle. Bei einer Scheidung werden die Einzahlungen in die drei Säulen je hälftig geteilt.

Bachmann-Roth: Doch in einem Scheidungsfall gibt es Probleme für Frauen: Wenn sie keinen Lohn bezogen hat, ist der Wiedereinstieg ins Berufsleben oft schwierig. Der Schutz der Frau nimmt im Scheidungsfall ab.

Macht die Landwirtschaft genug für die Biodiversität?

Trotz direkter Auswirkungen auf das Leben tausender Bäuerinnen: Die technische BVG-Reform ist an der ALA weit weg. Andere politische Themen sind greifbarer: die Artenvielfalt. «Bauernfamilien fördern die Biodiversität», steht auf einem Schild neben einer Wiese mit bunten Blumen. Steinhügel und Asthaufen bieten Insekten und kleinen Tieren Unterschlupf. Eine Buntbrache.



«Kinderzulagen müssen steigen, auch beim Familienmodell in der Landwirtschaft.»



Christina Bachmann-Roth
Präsidentin Mitte Frauen Schweiz

«Bio ist ein Trend, ja, aber auch hier liegt der Marktanteil gerade mal bei rund 11 Prozent.»



Markus Ritter
Präsident Bauernverband

Die Biodiversitätsinitiative fordert mehr solcher Flächen. Dem Bundesrat gingen die Forderungen aber zu weit. Ein indirekter Gegenvorschlag wurde ausgearbeitet. Der Nationalrat stimmte im Herbst 2022 zu, der Ständerat lehnte diesen Sommer ab. Auch Bauernpräsident Markus Ritter spricht sich dagegen aus. Mitte-Frauen-Präsidentin Christina Bachmann-Roth ist hingegen dafür.

Warum lehnt der Bauernverband den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ab?

Ritter: Was der Nationalrat beschlossen hat, geht schlicht zu weit. 17 Prozent der Landesfläche sollen als Kerngebiete geschützt werden, heute sind es bereits 13,6 Prozent. Die Differenz klingt nach wenig, doch sie entspricht der Fläche des Kantons Luzern. Dazu sieht der Bundesrat weitere 13 Prozent als sogenannte Vernetzungsfläche vor. Insgesamt also 30 Prozent. Dies ist viel zu viel: 1,2 Millionen Hektaren Land.

Wir haben eine Biodiversitätskrise. Muss man nicht reagieren?

Ritter: Wir haben in der Schweiz mit den Bergen, dem Wald, den Sömmerungsweiden in den Alpen bereits viel Fläche, die weitgehend unberührt ist. Nur 25 Prozent der Gesamtfläche sind Kulturland. Und davon sind bereits 19 Prozent Biodiversitätsförderflächen – die Landwirtschaft müsste sieben haben. Wir bieten also bereits sehr viel. Es braucht deshalb keine zusätzlichen Massnahmen in der Landwirtschaft. Im städtischen Raum sehe ich aber durchaus noch viel Potenzial.

Also ist alles in Ordnung, Frau Bachmann-Roth, wenn Sie dies hören?

Bachmann-Roth: Ich bin bei Markus Ritter, was die Fläche anbelangt. Hier braucht die Landwirtschaft keine weiteren Vorgaben. Dies wäre nur schon aus Sicht der Selbstversorgung sinnbefreit. Mein Anliegen ist, dass der Ständerat auf den indirekten Gegen-



OK-Präsident und SVP-Nationalrat Alois Huber führt durch die Ausstellung.



Ein Hauch von Bundesratsbesuch an der Olma: Markus Ritter mit Ferkel.

schlag eintritt. Die Biodiversitätsziele in der Landwirtschaft sind noch nicht erreicht: Wir müssen uns fragen, wie wir die Qualität der heutigen Biodiversitätsflächen verbessern können. Und wie die Vernetzung gesteigert werden kann. Das Anliegen ist berechtigt, doch man darf nicht auf der Landwirtschaft herumhacken, die bereits viel macht.

Der Verlust der Biodiversität bedroht langfristig auch die Landwirtschaft. Wie geht man damit um?

Markus Ritter: Der Verfassungsauftrag für die Landwirtschaft ist eine nachhaltige Entwicklung: ökologisch, sozial und in Bezug auf die Lebensmittelproduktion. Die Vorgaben der Biodiversität haben wir deutlich übertroffen. Gerade der Kanton Aargau ist vorbildlich: Dort gibt es über 20 Prozent Biodiversitätsförderflächen. Auf der anderen Seite gilt es, der Lebensmittelproduktion Sorge zu tragen. Wir haben derzeit noch 50 Prozent Selbstversorgung. Der Rest der Lebensmittel wird importiert. Es braucht eine Balance zwischen den drei Zielen der Nachhaltigkeit – und ich finde, diese haben wir gut gefunden. **Bachmann Roth:** Es gibt durchaus Bereiche, in denen wir herausgefordert sind. Der Anbau von Raps oder Zuckerrüben verlangt zum Beispiel einen höheren Pestizideinsatz. Das kann die Biodiversität gefährden. Hier muss man auch an den Konsum appellieren. Aus diesem Grund ist eine ALA wichtig, bei der man zeigen kann, was die Landwirtschaft macht.

Mehr Käse wird importiert als exportiert

OK-Präsident Alois Huber führt durch die Markthalle. Aargauer Käsereien sind an der ALA keine vertreten. Dafür mit der Luzerner Firma Emmi einer der grössten nationalen Player im Käsemarkt. Bachmann-Roth, selber Käserin, bedauert, dass auf dem Gelände keine Schaukäserei aufgebaut worden ist. Sie schnappt sich zwei Häppchen Luzerner Rahmkäse, einmal mild, einmal rezent

und eilt Alois Huber nach. Der OK-Präsident blickt immer wieder auf die Uhr. Schliesslich muss er den Ritter, Markus bald zum Bahnhof fahren.

Vor wenigen Wochen versetzte die Handelsbilanz die Käsebranche in Aufregung: Das Käseland Schweiz führt mehr Käse ein als aus. Geht es so weiter, ist Ende Jahr der Import erstmals grösser als der Export.

Die Entwicklung im Käsemarkt muss Sie als Käserin schmerzen, Frau Bachmann-Roth.

Bachmann-Roth: Ja, sehr. Die Liberalisierung des Käsemarkts 2007 hat uns viel gebracht: Es gibt heute viel mehr Käsespezialitäten als damals. Dies ist positiv. Die Herausforderung ist aber: Seit 2007 ist der Franken viel stärker geworden. Die Voraussetzungen sind seither ganz anders. Die Käsezulagen, die wegen des Imports gesprochen werden, helfen uns Käsereien. Sie müssten aber der Realität angepasst und erhöht werden.

Sie waren Milchproduzent, Herr Ritter. Auch Sie muss die Entwicklung schmerzen.

Markus Ritter: Sie zeigt schlicht die Herausforderungen. Der starke Franken erschwert den Export und fördert den Import. Hinzu kommt die starke Inflation im Ausland. Man spart bei einem teuren Produkt wie Schweizer Käse. Wir müssen deshalb versuchen,

50 000 Besucherinnen und Besucher an fünf Tagen

Am Sonntagabend endete die Aargauer Landwirtschaftsausstellung. Die Organisatoren ziehen nach fünf Tagen eine positive Bilanz. «Ich bin stolz und überglücklich», lässt sich OK-Präsident Alois Huber in einer Medienmitteilung zitieren. Weit über 50 000 Personen haben die Ausstellung auf der Schützenmatte in Lenzburg besucht, die alle zehn Jahre stattfindet.

den Heimmarkt zu stärken. Der direkte Kontakt mit den Leuten an einer Publikumsmesse wie der ALA hilft. Der Bauernverband investiert deshalb auch viel Geld in solche Ausstellungen. Es gilt, gute Geschichten zu Produkten zu erzählen: Die Leute müssen den Käse kennen, noch besser den Bauern oder die Bäuerin und im allerbesten Fall gleich die Kuh.

Bachmann-Roth: Die Entwicklung zeigt klar: Bauern und wir Käser müssen uns dem Markt anpassen. Hier sehe ich noch Potenzial. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Politik die Hebel richtig setzt: Dies heisst, dass die Bauern auch das produzieren können, was die Konsumenten fordern.

Markus Ritter: Mir ist wichtig zu betonen, dass wir Produzenten uns am Markt ausrichten: vegane, vegetarische Ernährung – alles okay. Doch es sind absolute Nischenmärkte. Man kann keinen Bauernhof für die Nachfrage nach veganen Produkten umstellen, dafür ist die Nachfrage schlicht zu klein. Bio ist ein Trend, ja, aber auch hier liegt der Marktanteil gerade mal bei rund 11 Prozent.

Liegt dies nicht auch daran, dass die Margen bei Bioprodukten zu hoch sind?

Bachmann-Roth: Natürlich kann sich fragen, warum die Margen im Detailhandel so hoch sind. Hier ist die Konkurrenz wichtig: Aldi und Lidl etwa, die als billigere Kanäle Migros und Coop herausfordern. Ich möchte nicht sagen, die Marge sei zu hoch. Der Wettbewerb muss spielen und die Konsumenten müssen eine Auswahl haben.

Im Tierzelt wird Markus Ritter nochmals kurz aufgehalten. Ein Vertreter vom Verband der Schweinezüchter drückt dem prominenten Gast ein Ferkel in die Arme. Ein Hauch von Bundesrats-Besuch an der Olma. Dann muss der Mann mit der Edelweisskrawatte weiter. Alois Huber fährt Ritter an den Bahnhof. Um 13.30 Uhr muss der Mitte-Nationalrat in Bern sein. Fraktions-sitzung.

Streit um Blitzer-Bussen: Soll auch Kanton profitieren?

Regierungsrat lehnt FDP-Forderung für eine Aufteilung zwischen Gemeinden und Kanton ab.

Fabian Hägler

Bisher gab es erst einen fix installierten Blitzer im Aargau: An der Gstuhl-Kreuzung in Baden ist ein Blechpolizist im Einsatz, der Rotlicht-Verstöße und Geschwindigkeits-Übertretungen für die Stadtkasse generiert. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung, welche die Stadtpolizei Baden auf Anfrage der AZ herausgibt.

Die Stadtpolizei wertet jeweils per Ende jedes Monats aus, wie oft der Blitzer wegen Rotlicht-Überfahren oder zu hohem Tempo in welcher Fahrtrichtung ausgelöst wird. Vergleicht man jeweils das erste Halbjahr, so zeigt sich, dass die Zahl der Übertretungen und die Summe der Bussen rückläufig sind – dennoch sind die Zahlen immer noch beträchtlich.

Von Januar bis und mit Juni 2021 blitzte die Anlage total 20 820-mal, der Bussenbetrag lag bei 1,245 Millionen Franken. In den ersten sechs Monaten 2022 beliefen sich die Bussen, die der Blitzer generierte, auf 982 400 Franken – dies bei 16 057 Übertretungen. Im ersten Halbjahr 2023 hat es auf der Kreuzung noch 13 359-mal geblitzt, die Bussensumme betrug 811 010 Franken.

«Die Gstuhl-Kreuzung ist kein Unfallschwerpunkt, man könnte annehmen, dass der Blitzer installiert wurde, um Einnahmen zu generieren», sagte FDP-Grossrat Bruno Tüscher im Juni gegenüber Tele M1. Die Freisinnigen verlangten mit einer Motion im Grossen Rat eine neue Verteilung der Busseneinnahmen bei Blitzern. Diese sollen nicht wie bisher zu 100 Prozent in die Stadtkasse fließen, sondern zu 65 Prozent dem Kanton und zu 35 Prozent der Gemeinde zukommen.

FDP-Grossrat will «Fehlreiz» korrigieren

Dies ist derselbe Verteiler, mit dem die Kosten von Kantons-

strassen-Projekten zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden. Mit dieser neuen Verteilung würde die Stadt Baden noch 2,03 Millionen Franken aus Blitzerbussen einnehmen, in die Kantonskasse würden 3,77 Millionen fließen. Der Vorstoss wurde eingereicht, nachdem der Grosse Rat eine kantonale Bewilligungspflicht für Blitzer überraschend abgelehnt hatte.

Tüscher argumentierte, weil die Gemeinden nun Blitzer bewilligungsfrei entlang von Kantonsstrassen installieren könnten, «muss ein Mechanismus geschaffen werden, welcher den Einsatz solcher Anlagen aus rein finanzpolitischen Überlegungen unterbindet». Mit einer Aufteilung der Einnahmen zwischen Gemeinden und Kanton werde dieser Fehlreiz beseitigt, hielt der Freisinnige fest.

Regierung will Gemeinden freie Hand lassen

Obwohl der Aargau finanziell profitieren würde, lehnt der Regierungsrat die FDP-Forderung ab. Er sieht die Streichung der vorgeschlagenen Bewilligungspflicht durch das Parlament als klares Zeichen dafür, «dass die Gemeinden bei der Überwachung und Kontrolle des Strassenverkehrs autonom entscheiden sollen, in welchem Umfang sie dafür stationäre Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen einsetzen».

Zudem flössen dem Kanton bereits nach geltendem Recht die Einnahmen aus Blitzer-Fällen zu, wenn eine Widerhandlung nicht mit einer Ordnungsbusse geahndet werden könne, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme. Somit bestehe bereits eine Aufteilung der Einnahmen, wie sie von der FDP-Fraktion gefordert werde. Zudem wäre der administrative Aufwand laut Regierung gross und bei Kreuzungen, wo Gemeinde- und Kantonsstrassen aufeinandertreffen, könnte es Probleme geben.



Schwerarbeiter: Im ersten Halbjahr hat der Blechpolizist an der Gstuhl-Kreuzung in Baden über 13 000-mal geblitzt.

Bild: Severin Bigler